

Inhalt

Vorwort	5
Über den Umgang mit diesem Buch	17
Abkürzungsverzeichnis	21
<hr/>	
A. WILLENSERKLÄRUNGEN UND VERTRAGSSCHLUSS	
§ 1 Grundlagen: Erfüllungsanspruch und Konsensprinzip	23
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	24
§ 2 Die Willenserklärung	25
I. Begriff	25
II. Abgrenzungen	25
1. Gefälligkeitsverhältnisse	25
2. Geschäftähnliche Handlungen	27
3. Realakte	28
III. Arten von Willenserklärungen	28
IV. Der Tatbestand einer Willenserklärung	29
1. Subjektiver Tatbestand der Willenserklärung	29
2. Objektiver Tatbestand der Willenserklärung	30
V. Die Auslegung von Willenserklärungen	31
1. Empfangsbedürftige Willenserklärungen	31
2. Nicht empfangsbedürftige Willenserklärungen	33
VI. Das Wirksamwerden von Willenserklärungen	34
1. Abgabe	34
2. Zugang	35
a) Problem	35
b) Die grundlegende Definition	36
c) Die Mindermeinungen	37
d) Einzelheiten	38
aa) Der Anwendungsbereich von § 130 Abs. 1 S. 1 BGB	38
bb) Abgabe der Willenserklärung gegenüber dem Empfänger	39
cc) Der Machtbereich des Empfängers	39
dd) Erwartbarkeit der Kenntnisnahme	40
3. Zugangsvereitelung	42
4. Der Widerruf einer Willenserklärung (§ 130 Abs. 1 S. 2 BGB)	44
5. Das Wirksamwerden empfangsbedürftiger nicht gespeicherter Willenserklärungen	44
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	45
§ 3 Der Vertragsschluss	46
I. Grundsatz	46
II. Der Antrag	47
1. Inhaltliche Anforderungen	47
a) Bestimmtheit	47

b) Rechtsbindungswille	48
2. Die Bindung an den Antrag	49
a) Die Dauer der Bindung	49
b) Der Ausschluss der Bindung	51
c) Der Einfluss von Tod oder Verlust der Geschäftsfähigkeit	51
III. Die Annahme	52
1. Inhaltliche Anforderungen	52
2. Rechtzeitigkeit	54
a) Verzögerung des Zugangs der Annahme	54
b) Verspätete Annahme	54
3. Annahme durch nicht empfangsbedürftige Willenserklärung gemäß § 151 BGB	55
IV. Einigungsmangel/Dissens	58
1. Fälle des Einigungsmangels	58
2. Rechtsfolgen	59
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	60
 B. TRENNUNGS- UND ABSTRAKTIONSPRINZIP	
§ 4 Sachenrechtliche Grundlagen	62
I. Besitz und Eigentum	62
II. Die Übertragung des Eigentums an beweglichen Sachen	63
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	64
§ 5 Verpflichtungsgeschäfte und Verfügungsgeschäfte	65
I. Begriffe	65
II. Die rechtliche Unabhängigkeit von Verpflichtungsgeschäft und Verfügungsgeschäft	65
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	67
§ 6 Die Rückabwicklung bei Unwirksamkeit von Verpflichtungs- und/oder Verfügungsgeschäft	68
I. Kausale und abstrakte Geschäfte	68
II. Die einzelnen Ansprüche	69
1. Eigentumsherausgabeanspruch bei Unwirksamkeit der Übereignung	69
2. Bereicherungsanspruch bei Unwirksamkeit des Verpflichtungsgeschäfts	70
III. Zusammenfassung der einzelnen Fallkonstellationen	71
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	71
§ 7 Der Sinn von Trennungs- und Abstraktionsprinzip	73
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	74

C. FORMALE UND INHALTLCHE WIRKSAMKEITSVORAUSSETZUNGEN VON RECHTSGESCHÄFTEN

§ 8 Formbedürftige Rechtsgeschäfte	75
I. Formfreiheit und Formzwecke	75
II. Arten der Form	76
1. Textform (§ 126b BGB)	76
2. Elektronische Form (§ 126a BGB)	76
3. Schriftform (§ 126 BGB)	77
4. Öffentliche Beglaubigung (§ 129 BGB)	78
5. Notarielle Beurkundung (§ 128 BGB)	78
III. Auslegung und Form	79
IV. Folgen von Formverstößen	80
1. Verstoß gegen gesetzliche Formvorschriften	80
2. Verstoß gegen vereinbarte Formerfordernisse	82
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	83
§ 9 Gesetzwidrige Rechtsgeschäfte (§ 134 BGB)	84
I. Regelungsgehalt von § 134 BGB	84
II. Verbotsgesetze	84
III. Umgehungsgeschäfte	85
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	86
§ 10 Sittenwidrige Rechtsgeschäfte (§ 138 BGB)	87
I. Grundlagen	87
II. Sittenwidriges Verhalten gegenüber dem Geschäftspartner	88
III. Sittenwidriges Verhalten gegenüber Dritten und der Allgemeinheit	90
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	91
§ 11 Veräußerungsverbote (§§ 135–137 BGB)	92
I. Absolute Verfügungsverbote	92
II. Relative Verfügungsverbote	92
III. Rechtsgeschäftliche Verfügungsverbote	93
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	93
D. DIE FOLGEN DER UNWIRKSAMKEIT VON RECHTSGESCHÄFTEN	
§ 12 Teilnichtigkeit (§ 139 BGB)	94
I. Grundsätze	94
II. Einheitlichkeit und Teilbarkeit des Rechtsgeschäfts	95
1. Einheitlichkeit des Rechtsgeschäfts	95
2. Teilbarkeit des Rechtsgeschäfts	96
a) Grundsatz	96
b) Quantitative Teilbarkeit und geltungserhaltende Reduktion	96
III. Der Parteiwillle	97
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	97

§ 13 Umdeutung (§ 140 BGB)	98
I. Allgemeines	98
II. Das Ersatzgeschäft	99
III. Der Parteiwille	99
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	99
§ 14 Bestätigung eines nichtigen Rechtsgeschäfts (§ 141 BGB)	100
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	101
 E. ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN UND VERBRAUCHERSCHUTZRECHT	
§ 15 Die Verwendung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	102
I. Anwendungsbereich der §§ 305 ff. BGB	102
II. Begriff der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	103
III. Die Funktion von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	104
IV. Einbeziehung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen in den Vertrag	105
1. Einbeziehungsvoraussetzungen	105
2. Überraschende Klauseln (§ 305c Abs. 1 BGB)	106
3. Kollision von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	107
V. Auslegung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	107
VI. Inhaltskontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	108
1. Überblick	108
2. Voraussetzung der Inhaltskontrolle	108
3. Die Generalklausel des § 307 Abs. 1 und 2 BGB	109
VII. Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung oder Unwirksamkeit einer Klausel	110
VIII. Möglichkeiten der Kontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen	111
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	111
§ 16 Verbraucherschutzvorschriften	112
I. Hintergrund	112
II. Informationspflichten	113
III. Widerrufsrechte	114
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	116
 F. RECHTS- UND GESCHÄFTSFÄHIGKEIT	
§ 17 Rechtsfähigkeit	117
I. Überblick	117
II. Beginn der Rechtsfähigkeit natürlicher Personen	118
III. Ende der Rechtsfähigkeit natürlicher Personen	118
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	119
§ 18 Geschäftsfähigkeit	120
I. Grundlagen	120
1. Begriff der Geschäftsfähigkeit	120
2. Stufen der Geschäftsfähigkeit	120

3. Der Konflikt zwischen dem Schutz nicht voll Geschäftsfähiger und der Verkehrssicherheit	121
4. Die gesetzliche Vertretung nicht voll Geschäftsfähiger	122
a) Der gesetzliche Vertreter	122
b) Handeln des gesetzlichen Vertreters und Handeln des nicht voll Geschäftsfähigen	123
5. Sonderfälle der Geschäftsfähigkeit	124
II. Die beschränkte Geschäftsfähigkeit	124
1. Überblick	124
2. Partielle unbeschränkte Geschäftsfähigkeit des beschränkt Geschäftsfähigen	125
3. Abgabe von Willenserklärungen durch beschränkt Geschäftsfähige	126
a) Rechtlich lediglich vorteilhafte Geschäfte	126
aa) Grundsatz	126
bb) Einzelfälle	126
cc) Rechtlich neutrale Geschäfte	129
b) Einwilligung des gesetzlichen Vertreters	130
aa) Allgemeines zur Einwilligung	130
bb) Die Einwilligung nach § 107 BGB	132
cc) Die Einwilligung durch Überlassung von Mitteln nach § 110 BGB	133
4. Wirksamwerden von Willenserklärungen gegenüber beschränkt Geschäftsfähigen	136
5. Verträge ohne die erforderliche Einwilligung des gesetzlichen Vertreters	137
a) Regelungstechnik	137
b) Genehmigung	139
c) Der Schutz des Vertragspartners	140
6. Einseitige Rechtsgeschäfte	141
III. Die Geschäftsunfähigkeit	142
IV. Bewusstlosigkeit oder vorübergehende Störung der Geistestätigkeit	144
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	144

G. WILLENSMÄNGEL

§ 19 Der Konflikt zwischen dem Schutz der Privatautonomie und dem Verkehrsschutz	146
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	150
§ 20 Bewusstes Auseinanderfallen von Wille und Erklärung	151
I. Geheimer Vorbehalt (§ 116 BGB)	151
II. Scheinerklärung und Scheingeschäft (§ 117 BGB)	151
III. Scherzerklärung (§ 118 BGB)	153
IV. Zusammenfassung	154
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	154

§ 21 Unbewusstes Auseinanderfallen von Wille und Erklärung	155
I. Mängel des Geschäftswillens	155
1. Fehler bei der Äußerung des Willens	155
a) Erklärungssirrhum (§ 119 Abs. 1 Alt. 2 BGB)	155
b) Inhaltsirrhum (§ 119 Abs. 1 Alt. 1 BGB)	155
c) Unrichtige Übermittlung (§ 120 BGB)	156
d) Gemeinsame Voraussetzungen	156
e) Die Anfechtbarkeit des Verfügungsgeschäfts	157
2. Fehler bei der Willensbildung	158
a) Grundsatz	158
b) Eigenschaftsirrhum (§ 119 Abs. 2 BGB)	158
aa) Rechtsnatur	159
bb) Voraussetzungen	159
cc) Die Anfechtbarkeit des Verfügungsgeschäfts	162
c) Problemfälle	162
aa) Rechtsfolgenirrhum	162
bb) Kalkulationsirrhum	164
cc) Automatisch generierte Erklärungen	166
II. Mängel des Erklärungsbewusstseins	170
III. Mängel des Handlungswillens	172
IV. Zusammenfassung: Feststellung des Inhalts einer Erklärung und Folgen von Willensmängeln	173
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	173
§ 22 Die Anfechtung wegen arglistiger Täuschung und widerrechtlicher Drohung	175
I. Vorbemerkung	175
II. Arglistige Täuschung (§ 123 Abs. 1 Alt. 1 BGB)	175
1. Täuschung	175
a) Erregung eines Irrtums	175
b) Täuschung durch Tun oder Unterlassen	175
c) Person des Täuschenden	176
2. Widerrechtlichkeit der Täuschung	177
3. Kausalität	178
4. Arglist	178
5. Die Anfechtung des Verfügungsgeschäfts	180
III. Widerrechtliche Drohung (§ 123 Abs. 1 Alt. 2 BGB)	180
1. Drohung	180
2. Widerrechtlichkeit	181
a) Widerrechtlichkeit des angestrebten Zwecks	181
b) Widerrechtlichkeit des eingesetzten Mittels	181
c) Widerrechtlichkeit der Mittel-Zweck-Relation	181
3. Kausalität	182
4. Subjektive Voraussetzungen	182
5. Die Anfechtung des Verfügungsgeschäfts	182
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	182
§ 23 Ausübung des Anfechtungsrechts und Rechtsfolgen	183
I. Die Erklärung der Anfechtung	183

II.	Die Anfechtungsfrist	184
1.	Anfechtung nach §§ 119, 120 BGB	184
2.	Anfechtung nach § 123 BGB	184
III.	Der Ausschluss der Anfechtung bei Bestätigung des anfechtbaren Rechtsgeschäfts (§ 144 BGB)	185
IV.	Die Folgen der Anfechtung	185
1.	Nichtigkeit des angefochtenen Rechtsgeschäfts (§ 142 Abs. 1 BGB)	185
2.	Einschränkung der Anfechtungsfolgen nach Treu und Glauben (§ 242 BGB)	187
3.	Die Schadensersatzpflicht des Anfechtenden nach § 122 BGB	188
V.	Die Anfechtbarkeit nichtiger Rechtsgeschäfte	191
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	192

H. STELLVERTRETUNG UND BOTENSCHAFT

§ 24 Einführung	193	
I.	Die praktische Bedeutung der Stellvertretung	193
II.	Das Wesen der direkten Stellvertretung	193
III.	Die Voraussetzungen der direkten Stellvertretung	194
1.	Aktive Stellvertretung	194
2.	Passive Stellvertretung	195
3.	Zusammenfassung	196
IV.	Die Unterscheidung von direkter und indirekter Stellvertretung	196
V.	Die Zulässigkeit der Stellvertretung	197
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	197
§ 25 Der Offenheitsgrundsatz	198	
I.	Grundprinzip	198
II.	Das Handeln in fremdem Namen	198
III.	Das Handeln unter fremdem Namen	199
IV.	Das Geschäft für den, den es angeht	201
V.	Die subjektiven Voraussetzungen	202
VI.	Passive Stellvertretung	203
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	204
§ 26 Die Vertretungsmacht	205	
I.	Überblick	205
II.	Gesetzliche Vertretungsmacht	206
III.	Rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht	206
1.	Allgemeines	206
2.	Die Erteilung einer Vollmacht	206
a)	Allgemeines	206
b)	Form	207
3.	Das Erlöschen der Vollmacht	208
a)	Grundsatz	208
b)	Erlöschen nach Maßgabe des Grundverhältnisses	208
c)	Widerruf	209
4.	Die Abstraktheit der Vollmacht	211

IV.	Vertretungsmacht kraft Rechtsscheins	212
1.	Grundlagen	212
2.	Vertretungsmacht kraft Rechtsscheins bei Erlöschen einer Außen Vollmacht (§ 170 BGB)	214
a)	Rechtsschein	214
b)	Zurechenbarkeit	214
c)	Kausalität	214
d)	Gutgläubigkeit des Dritten	215
3.	Vertretungsmacht kraft Rechtsscheins bei Kundgabe einer Vollmacht (§ 171 BGB)	216
a)	Rechtsschein	216
b)	Zurechenbarkeit	216
c)	Kausalität	216
d)	Gutgläubigkeit des Dritten	216
4.	Vertretungsmacht kraft Rechtsscheins bei Vorlage einer Vollmachturkunde (§ 172 BGB)	216
a)	Rechtsschein	216
b)	Zurechenbarkeit	217
c)	Kausalität	218
d)	Gutgläubigkeit des Dritten	218
5.	Die Anscheinvollmacht	218
a)	Begriff	218
b)	Der Streit um die Anscheinvollmacht	218
c)	Voraussetzungen	219
aa)	Rechtsschein	219
bb)	Zurechenbarkeit	219
cc)	Kausalität	220
dd)	Gutgläubigkeit des Dritten	220
6.	Die Anfechtbarkeit einer Rechtsscheinvollmacht	220
7.	Rechtsfolgen einer Rechtsscheinvollmacht	221
V.	Die Duldungsvollmacht	222
VI.	Rechtsscheinhaftung bei Handeln unter fremdem Namen	223
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	224
§ 27	Vertretung ohne Vertretungsmacht	226
I.	Grundsätze	226
II.	Vertragsschluss ohne Vertretungsmacht	226
III.	Einseitige Rechtsgeschäfte	227
1.	Aktive Stellvertretung	227
2.	Passive Stellvertretung	228
IV.	Die Haftung des falsus procurator nach § 179 BGB	229
1.	Abschluss eines Vertrags ohne Vertretungsmacht	229
2.	Verweigerung der Genehmigung	229
3.	Ausschluss der Haftung nach § 179 Abs. 3 BGB	229
4.	Haftungsinhalt	230
a)	Kenntnis vom Mangel der Vertretungsmacht (§ 179 Abs. 1 BGB)	230
b)	Keine Kenntnis vom Mangel der Vertretungsmacht (§ 179 Abs. 2 BGB)	231

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	232
§ 28 Einzelne Probleme des Stellvertretungsrechts	233
I. Untervertretung	233
II. Gesamtvertretung	235
III. Die Anfechtung der Vollmacht	236
IV. Willensmängel und Wissenszurechnung (§ 166 BGB)	240
1. Prinzipielle Maßgeblichkeit der Person des Vertreters (§ 166 Abs. 1 BGB)	240
a) Willensmängel	241
b) Kennen und Kennenmüssen	241
2. Ausnahmsweise Beachtlichkeit der Person des Vertretenen (§ 166 Abs. 2 BGB)	242
a) Kennen und Kennenmüssen	242
b) Willensmängel	243
V. Der Missbrauch der Vertretungsmacht	244
1. Problem	244
2. Kollusion	245
3. Nicht-kollusiver Missbrauch	246
VI. Insichgeschäfte (§ 181 BGB)	247
1. Problem	247
2. Rechtsfolge	248
3. Anwendungsbereich	248
a) Selbstkontrahieren und Mehrvertretung	248
b) Verträge und einseitige Rechtsgeschäfte	249
c) Einschränkung und Ausweitung des Anwendungsbereichs	249
aa) Problem	249
bb) Einschränkung des Anwendungsbereichs	250
cc) Ausweitung des Anwendungsbereichs	250
4. Zulässige Insichgeschäfte	251
a) Gestattung	251
b) Erfüllung einer Verbindlichkeit	251
5. Das Problem der Erkennbarkeit von Insichgeschäften	254
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	254
§ 29 Boten	255
I. Boten und Stellvertreter	255
1. Der Begriff des Boten	255
2. Die Abgrenzung von Boten und Stellvertretern	255
a) Aktive Stellvertreter	255
b) Passive Stellvertreter	256
II. Erklärungs- und Empfangsboten	259
III. Fehler bei der Übermittlung von Willenserklärungen	262
1. Fehler von Empfangsboten	262
2. Fehler von Erklärungsboten	263
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	264

I. GEGENRECHTE

§ 30 Einreden und Einwendungen	265
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	266
§ 31 Grundzüge des Verjährungsrechts	267
I. Begriff und Zweck	267
II. Gegenstand der Verjährung	267
III. Die Verjährungsfristen	267
1. Regelmäßige Verjährungsfrist	267
2. Sonderverjährungsfristen	268
3. Verjährung bei Rechtsnachfolge	268
IV. Hemmung, Ablaufhemmung und Neubeginn der Verjährung	269
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	269
Definitionen	271
Literaturverzeichnis	279
Sachregister	281